

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

9.1.1870 (No. 8)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 9. Januar.

N. S.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

Wien, 7. Jan. Die Adresskommission des Herrenhauses nahm den Abrechenwurf des Grafen Auersperg an. Derselbe betont entschiedenes Festhalten an der Verfassung; eine Reform des Wahlgesezes wird für wünschenswert erklärt. — Die Minorität meldete ein Minoritätsvotum an. Graf Laaffe erklärte in der Kommissionsitzung, er hoffe binnen 14 Tagen die Paziifizierung Dalmatiens melden zu können. Der Zentral-Rechnungsabschluss für 1868 weist einen Ueberschuß von 283,170 fl. gegen das präliminirte Defizit von 31,241,546 fl. auf.

Paris, 8. Jan. Dem „Temps“ zufolge ist die Entlassung der Vertreter Frankreichs in London und Berlin, der H. v. Lavalette und Benedetti, angenommen. Für Berlin seien vorgeschlagen Mercier und Malaret.

Madrid, 7. Jan. Die Ministerkrise geht ihrem Ende zu. Zurückgetreten sind Martos und Forilla. Der Staatsministerposten ist Hrn. Olozaga und das Justizministerium Hrn. Nivero angeboten worden.

Brüssel, 8. Jan. Der „Courier“ meldet als bestimmt, daß Hr. Grant, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, im Juni die Souveräne Frankreichs, Englands, Preussens und Russlands besuchen werde.

Deutschland.

Stuttgart, 7. Jan. Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Aus auswärtigen Preßorganen ist zu entnehmen, daß darüber Zweifel entstanden zu sein scheinen, ob der bisher am hiesigen königl. Hofe beglaubigte königl. preussische Gesandte nach seiner kürzlich erfolgten Akkreditirung als außerordentl. Gesandter und bevollmächtigter Minister des Norddeutschen Bundes, seine erste Eigenschaft als Vertreter der preussischen Regierung beibehalten habe. Solche Zweifel könnten nur aus einer irrigen Auffassung von der Bedeutung der in Rede stehenden Akkreditirung des Gesandten des Norddeutschen Bundes am hiesigen Hofe hervorgehen. Um durch diese Akkreditirung die frühere Beglaubigung des Gesandten als Vertreter der königl. preussischen Regierung am hiesigen Hofe aufzuheben, hätte es einer ausdrücklichen Abberufung desselben von dem letzten Posten bedurft, was nicht geschehen und nicht beabsichtigt ist.

Stuttgart, 8. Jan. (S. M.) Dem Vernehmen nach hat die Legitimationskommission beschlossen, die Wahlen der Abgg. Saroy und Ruffe nicht, wohl aber diejenige des Abg. Zimmerle zu beanstanden.

München, 6. Jan. (Allg. Ztg.) Man glaubt heute mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß Sr. Maj. der König selbst den Landtag eröffnen werde, doch kann diese Feierlichkeit, da sich die Konstituierung der Kammer der Abgeordneten verzögert, jedenfalls nicht vor Mitte der nächsten Woche stattfinden. In einem gestern Abend abgehaltenen Ministerrath hat die Schlussberatung des Entwurfs der Kronrede stattgefunden, und derselbe wird nunmehr Sr. Maj. dem König in Vorlage gebracht werden.

München, 6. Jan. (Münch. K.) Da die einzelnen Mitglieder der Einweisungskommission der Abgeordneten-Kammer im Stande sein werden, die ihnen zugewiesene Aufgabe im Laufe des heutigen Tages noch zu erledigen, so tritt morgen Vormittags die Kommission zusammen und wird, wenn möglich, schon künftigen Samstag durch ihren Sekretär, den Abg. Bucher, im Plenum der Kammer Bericht über die Ergebnisse der von ihr vorgenommenen Legitimationsprüfungen und die sich ergebenden Beanstandungen erstatten lassen. — Bis jetzt haben sich im Ständehause 152 Abgeordnete angemeldet.

Dresden, 7. Jan. Erste Kammer. Beratung der Anträge gegen die Bundesstrafgesetzgebung. Hohenthal erklärt sich gegen die Kompetenzaußerziehung, Professor Heinze tritt scharf für die Behandlung der Staatsverbrechen, welcher zufolge die Einzelstaaten zu Provinzen, die Landesherren zu mediatisirten Bundesfürsten herabgedrückt würden, was zugleich Süddeutschland noch sicherer dem Norddeutschen Bunde entfremden müsse. Der Redner erhält großen Beifall. Die Ministerbank schweigt. Der Kommissionsantrag gegen die Beibehaltung der Todesstrafe und gegen die Einmischung der Polizei in Strafsachen wird einstimmig angenommen.

Dresden, 7. Jan. Die Abgeordnetenkammer nahm in ihrer heutigen Sitzung das Diszidentengesetz an. Der Antrag auf völlige Freigabe der Bildung neuer Religionsgesellschaften wurde mit 33 gegen 31 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag auf Einführung der obligatorischen Zivildienste.

Berlin, 7. Jan. Sr. Maj. der König hütet einer leichten Unpäßlichkeit wegen auch heute noch das Zimmer. Die königl. Prinzen, sowie Graf Bismarck und mehrere Generale begaben sich heute Vormittag zur Abhaltung einer Jagd nach Potsdam. Das heutige Wetter ist hier sehr ungesund. Bei rauhem Winde fällt namentlich seit Mittag ein starker Regen.

Wißverständlich meldet die „Zeidler. Corresp.“, in der

vorgestrigen Sitzung des Staatsministeriums sei über den Termin zur Einberufung des norddeutschen Reichstages Beschluß gefaßt worden. Diese Angelegenheit gehört bekanntlich gar nicht zur Entscheidungskompetenz des preussischen Ministerrathes. Vielmehr steht die endgiltige Beschlußnahme darüber dem Bundespräsidium zu, welches sich herkömmlich vorweg mit den Bundesregierungen in's Einvernehmen setzt. In der erwähnten Sitzung des Staatsministeriums haben denn auch nur Beratungen über die Frage stattgefunden, zu welchem Termin von preussischen Standpunkt aus Sr. Maj. dem König die Einberufung des Reichstags vorzuschlagen sei. Die Verständigung über einen solchen Vorschlag erscheint hier schon jetzt um so mehr geboten, als damit die Frage wegen Ausdehnung der preussischen Landtags-Session in engem Zusammenhang steht. Wie die Verhältnisse liegen, ist es nicht undenkbar, daß die Verhandlungen des Landtags im Anfang des Monats Februar eine Unterbrechung erfahren, um nach Beendigung der Reichstags-Session wieder aufgenommen zu werden. Doch sind in dieser Beziehung noch keinerlei Entschlüsse erfolgt. Der Ausschlag dabei dürfte namentlich durch den weiteren Gang der Beratungen über den Entwurf einer neuen Kreisordnung gegeben werden.

Ein hiesiges Blatt behauptet heute, die Kreisordnung sei zurückgestellt und werde in der jetzigen Sitzungsperiode gar nicht mehr auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses erscheinen. Diese Behauptung erweist sich als vollständig grundlos. Gerade vor der heutigen Sitzung des Hauses ist von den Führern der Mittelparteien alle Bereitwilligkeit ausgesprochen worden, der Regierung mit einer möglichst beschleunigten Durchberatung der Kreisordnung entgegenzukommen. Auch hat der Präsident v. Forckenbeck diesen Gesetzentwurf für fast sämtliche Sitzungen der nächsten Woche auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt. Mehrere Oppositionsorgane suchen neuerdings in höchst pessimistischer Auffassung die dem Zustandekommen der neuen Kreisordnung gewidmeten Bestrebungen als völlig aussichtslos darzustellen.

Sicherem Vernehmen nach hat die Staatsregierung beschlossen, die vom früheren Finanzminister, Frhrn. v. d. Heydt, beim Landtag eingebrachte Vorlage in Betreff einer Abänderung des Einkommensteuer-Gesetzes wieder zurückzuziehen. Bekanntlich ist dieser Vorlage in der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses eine sehr ungünstige Aufnahme zu Theil geworden. — Dem Bundesrathe des Zollvereins hat der Vorsitzende desselben eine Uebersicht der Anträge mitgeteilt, welche von mehreren Vereinsregierungen in Bezug auf Abänderungen des im Vereinstarif enthaltenen amtlichen Waarenverzeichnisses eingegangen sind. Die Zahl dieser von Motivirungen begleiteten Änderungsanträge beläuft sich auf nicht weniger als 269. — Wie heute hier verlautet, ist es die Absicht des Grafen Bismarck, demnächst einer Sitzung des Abgeordnetenhauses beizuwohnen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Jan. Der Kaiser hat, bevor er gestern nach Wien abgegangen, den Mitgliedern des Kabinetts seinen Dank für ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, bis zum Zusammentreten des Reichsraths und bis zur Klärung der Sache durch dessen Antwortadresse die Geschäfte fortzuführen. Es ist damit vor allen Dingen die volle Bestätigung gegeben, daß der Austrag der Ministerkrise zunächst ver-
tagt worden.

Wien, 7. Jan. Die „Abendpost“ bezeichnet gegenüber den umlaufenden Gerüchten die Reise des Erzherzogs Albrecht nach dem südlichen Frankreich als ausschließliche Erholungsreise.

Schweiz.

Bern, 7. Jan. Am 24. Jan. wird in Bern eine Konferenz der am Gotthardbahn-Unternehmen beteiligten Kantone, behufs formeller Feststellung ihrer Beiträge, stattfinden.

Italien.

Florenz, 4. Jan. (Zitt. Ztg.) Die Nachrichten, die aus der Emilia, der Lombardei und Piemont einlaufen, lassen nichts Gutes für den Beginn des neuen Jahres erwarten. Die Mahler droht den Anlaß zu neuen Unruhestörungen zu geben, welche bei der Stimmung, die seit langer Zeit unter der dortigen Bevölkerung herrscht, leicht einen bedrohlichen Charakter annehmen könnten. Ueberall sind Truppenverstärkungen hingeschickt worden. Die Mäuler der Corpi Santi von Mailand haben den 31. Dezember um Mitternacht ihre Wahlen geschlossen und wollen kein Korn mehr mahlen, um der hohen Steuer zu entgehen. Ueberall herrscht trübe Unzufriedenheit. Wenn Lanza nicht glücklich in der Wahl seiner Vertrauten ist, so ist er es ebensowenig in der Wahl seiner Beamten. Weit davon entfernt, aus dem Palazzo Riccardi jene Konsortenschar fortzuschicken, die dort mehr regieren, als der Minister selbst, sucht er auch noch diejenigen auf, welche die Konsorten selbst in die Provinzen geschickt hatten. An Serra, einer Kreatur Cantelli's, an de Maria, einem Freund von Rudini, und an dem Ex-Quästor und Konsortensfreund Berti hat er eine Umgebung, die ihn nur unpopulär machen kann.

Rom, 2. Jan. Man schreibt der „Corresp. Havas“:

Ein Redner haben bis jetzt gesprochen und 13 haben sich für morgen und für Mittwoch einschreiben lassen. Die letzte Vereinerung drohte einen Augenblick fürmisch zu werden. Ein Philosoph von Bedeutung und glänzender Latinität, Mgr. Strossmayer, benutzte einen Zwischenfall, um in seine Rede eine Reklamation gegen die Konzils-Geschäftsordnung einzuschalten und namentlich gegen die Einschränkung der Initiative der Väter und die bei Promulgation der Canones angewendete Formel: „Decreta modo lecta placuerunt omnibus patribus, nemine dissentiente, nosque, sacro approbante Concilio, illa ita decernimus, statuimus, atque sancimus ut lecta sunt.“ Der erste Kardinallegat rief ihn zur Ordnung und erklärte, was der Papsst und seine Umgebung schon öfters ausgesprochen haben, daß die Väter nicht das Recht haben, eine vom Oberhaupt der Kirche „auctoritate nostra apostolica“ eingeleitete Geschäftsordnung zu modifiziren. Mgr. Strossmayer erwiderte nicht. Einer der erlauchten Prälaten, Mgr. Filippi, Bischof von Aquileja, soll ihm morgen antworten. Die meisten der gemäßigten Bischöfe, obgleich sie anerkennen, daß die Rechte des Episkopats verletzt worden sind und dessen Würde nicht respektirt wurde, und so sehr sie es beklagen, daß die Ueberschneidung des römischen Hofes für die Zukunft eben so viele Präzedenzfälle zu dessen Gunsten bilden werden, sind nichts desto weniger geneigt, Alles zu vermeiden, was Konflikte hervorrufen oder das Konzil vereiteln könnte. — Was die Dogmatisirung der persönlichen Unfehlbarkeit des Papsstes betrifft, so geht im Augenblick das Gerücht, daß der Papsst die Unmöglichkeit begreife, die Frage anzugehen, wenn man nicht zum Voraus gewiß ist, die moralische Einstimmigkeit, d. h. neun Zehntel der Versammlung für sich zu haben. Es scheint nun sicher, daß 200 Prälaten fest entschlossen sind, gegen dieses Dogma zu stimmen. In diesem Fall, so wird erzählt, will man zu dem Ausweg seine Zuflucht nehmen, das Konzil einzuladen, die katholische Doktrin über die Befassung der Kirche so explicite als möglich zu formuliren. — Die Empfänge im Vatikan sind beendet. — Gestern empfing Hr. v. Banneville, obgleich an einem Gichtanfall leidend, außer den Personen und Deputationen, welche sich gewöhnlich am Neujahrstag auf der französischen Botschaft vorstellten, alle französischen Bischöfe ohne Ausnahme und überdies eine große Anzahl fremder Bischöfe. General Dumont und seine Offiziere sind im Vatikan von Pius IX. mit gewohnter Huld empfangen worden.

Rom. Ueber die von den französischen Bischöfen eingereichte Eingabe an den Papsst hinsichtlich der Geschäftsordnung des Konzils berichtet der römische Korrespondent der „Morn. Post“ Folgendes:

Das Schriftstück führt den bescheidenen Titel „salmadversiones“. Die Bischöfe bestreiten in demselben nicht das Recht des Papsstes, eine Geschäftsordnung inconsulto concilio abzufassen und die Beamten der Kirchenversammlung, sowie die Mitglieder der Kommission für Postulata zu ernennen. Andererseits jedoch erkennen sie auch sein Recht in dieser Beziehung nicht an. Sie verweisen bei dem Gebrauche, den der Papsst von diesen Rechten gemacht, und bei dem unglücklichen Eindruck, der dadurch bei der Masse der Versammlung erzeugt wurde, und geben hervor, wie wünschenswert es sein werde, diesen Eindruck zu zerstreuen, indem man die Geschäftsordnung und die päpstlichen Ernennungen der Abstimmung des Konzils unterwerfen würde. Das Konzil — sagen sie — wird sich nie gegen den heil. Vater auflehnen, besonders jetzt, wo die Geschäftsordnung wie die Ernennungen bereits erklärt und bekannt sind. Indessen dürfte man doch vielleicht nach schweigender Ueberlegung gewisse Bestimmungen der Geschäftsordnung wohl außer Kraft lassen und was die Ernennungen anbetrifft, so könnten gewisse weniger beliebte (minus gratae) Persönlichkeiten in aller Stille abdanken. Den Schluss bilden Beteuerungen der Ergebenheit und Unterwürfigkeit gegen den heiligen Vater.

Frankreich.

Paris, 6. Jan. (Köln. Ztg.) Wenn der Kaiser noch einen Beweis seines aufrichtigen Willens, fortan konstitutionell und nicht anders als konstitutionell zu regieren, zu geben hatte, so gab er ihn gestern, als er nach dem Beschlusse des Ministerrathes die Enthebung des Seine-Präsidenten von seinem Amte unterzeichnete. Mit Haußmann fiel das letzte Bollwerk des persönlichen Regiments, das sich in der Umgebung des Kaisers noch aufrecht erhalten hatte. Seit 1853 bis 1870 war er der getreueste Ausdruck des Regimes, welches der Staatsreich vom 2. Dezember geschaffen, und man ist heute durchaus berechtigt, in ihm die Verkörperung aller Fehler und aller Vorzüge dieses nunmehr „glücklich beseitigten“ Systems zu sehen. Haußmann's Verwaltung vertrat im Punkte der Sparsamkeit keine so scharfe Kontrolle; die Ehrlichkeit seines Gewissens und die absolute Reinheit seiner Hände wird arg angezweifelt, derart selbst, daß sich im gestrigen Ministerrathe keine einzige Stimme gefunden, die für sein Verbleiben im Amte energisch eingeschritten wäre; aber nichtsdestoweniger wird man seiner schöpferischen Kraft und der Größe des von ihm Geschaffenen in späteren Jahren erst volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Heute ist seine Entfernung zu sehr politische Nothwendigkeit, sein Verschwinden als Sühnopfer für die gesammte persönliche Regierung eine zu laut beanspruchte Forderung der öffentlichen Meinung, als daß man selbst nur ein Urtheil der Billigkeit über ihn erwarten dürfte; in 100 Jahren aber ist ihm dessenungeachtet seine Statue sicher. Dem Seine-Präsidenten, der keinerlei Kompensation hatte annehmen wollen und der sich geweigert, seine Entlassung zu gehen, damit es konstatirt sei, wie man ihn gezwungen, seinen Posten mitten in voller

Thätigkeit zu verlassen, ohne alle seine Unternehmungen zu Ende führen oder auch nur provisorisch abwickeln zu können, dürften mit Hrn. v. St. Paul, der in den Senat einrückte, noch zehn andere Präsesen nachfolgen. Mit Hrn. de Bouville in Bordeaux dürfte der Anfang gemacht werden. — Die Minister der Justiz und des Innern haben heute ein Rundschreiben an die Generalprokuratoren und Präsesen gerichtet, um denselben aus einander zu setzen, welcher Unterschied zwischen dem Régime autoritaire und Régime parlementaire besteht. — Wie verlautet, haben die Hh. Fremy und de Soubeiran ihre Stellen als Gouverneur und Untergouverneur des Credit Foncier niedergelegt.

† Paris, 7. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats erklärte der Minister des Aeußern, Graf Daru, die Regierung sei bereit, alle Interpellationen zu beantworten, und sagte dabei: „Wir sind ehrliche Männer und werden unsere Versprechen ohne Ausnahme halten.“ Die Interpellation wegen des Konzils ist auf nächsten Dienstag festgesetzt, die Interpellation wegen der Handelsfrage auf Donnerstag, die Interpellation in Bezug auf die innere Politik auf den 15. Jan. — Man versichert, Minister Olivier werde nächstens einen Gesetzentwurf über Aufhebung des Sicherheitsgesetzes und theilweise Aufhebung des Art. 75 der Verfassung einbringen.

* Paris, 7. Jan. Es wird versichert, daß die Hh. Benedetti und Lavallette ihre Entlassung eingereicht haben. Die „Patrie“ glaubt versichern zu können, daß Hr. Alfred Lanza, Generalsekretär der Seine-Präfectur, das Stadthaus nicht verlassen wird. Man hat die Nothwendigkeit erkannt, in der Präfectur einen hervorragenden Verwaltungsbeamten festzuhalten, der alle die ungeheuern Geschäfte der Stadt Paris kennt. Hr. Weiß hat heute seine Demission als Director-Gerant des „Journ. de Paris“ gegeben. Hr. Guard Hervé übernimmt fortan die Leitung desselben. — Rente 74.15, Cred. mob. 210, ital. Anl. 55.70.

Spanien.

* Madrid, 6. Jan. Die Ministerkrise dauert fort. „Iberia“ und „Imparcial“ sprechen sich für Aufrechterhaltung des jetzigen Kabinetts und Einführung einer gewissen Diktatur aus, welche letztere von den Cortes zu beantragen wäre, auch sollten dieselben inzwischen ihre Sitzungen auf vier Monate suspendiren.

Amerika.

New-York, 5. Jan. (Kabeltelegr.) Der Gouverneur des Staates New-York, Hr. Hoffman, urgt die Legislatur in seiner Botschaft an dieselbe, daß sie eine Einlösung der New-Yorker Staatsschuld in Gold sicher stellen möge. Er hebt hervor, daß die Zinszahlungen in Papier, wie sie seit 1863 gemacht wurden, eine schlechte Politik und geradezu Repudiation gewesen seien. — Die Beamten des „Western Union Telegraph“ haben Strike gemacht, wodurch der telegraphische Verkehr über das ganze Land stark unterbrochen wird.

* New-York, 6. Jan. Man meldet von Toronto (Ober-Canada) vom 6. d.: Die Kriegsgerichte haben zahlreiche Verurtheilungen gegen die Insurgenten am Rothen Fluß ausgesprochen. Fortwährend herrscht noch Schrecken an den Ufern des Winnipeg-Sees. Die Schotten, die Engländer und einige Franzosen wünschen, daß die canadische Regierung vom Lande Besitz nehme, allein letztere ist völlig ohnmächtig gegen die bewaffneten Insurgenten. Der General Mac-Dougall wird in Ottawa erwartet.

* Telegraphische Mittheilungen aus Hayti melden unter dem Datum New-York, 5. Jan., Präsident Salnave, der nach den letzten Berichten schon bedeutend in die Enge getrieben war, behauptete sich noch mit etwa 1000 Anhängern in dem Fort Alexander und weigerte sich, zu capituliren. Die Insurgenten lagerten in starken Massen um Port-au-Prince.

Vermischte Nachrichten.

— Darmstadt, 6. Jan. Der Kommandeur der 1. Infanteriebrigade, Generalmajor Bickel, ist auf sein Nachsuchen unter Anerkennung seiner langjährigen, treugeleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt und zur Disposition gestellt worden.

— Frankfurt, 7. Jan. (Ziff. Ztg.) Gestern Nachmittag hat eine zahlreich besuchte Versammlung derjenigen Bürger stattgefunden, welche für den Bau eines neuen Opernhauses gezeichnet haben. Nach den vorgelegten Listen sind im Ganzen von 63 Personen gezahlt: 1 mal 20,000 fl., 24 mal 10,000 fl., 38 mal 5000 fl., zusammen 450,000 fl. Die Versammlung erwählte eine Kommission von zwölf Mitgliedern, welche nacheinander eine Eingabe an den Magistrat zu entwerfen und dieselbe einer neuen Versammlung der Betheiligten vorzulegen beauftragt ist.

— Gomburg v. d. S., 6. Jan. Die hiesige Kurhaus-Gesellschaft bezahlt für das zweite Semester 1869 eine Dividende von 17 fl. 45 kr. Die Regierung erhält für den Kurfonds 375,866 fl. Es ist, wie dem „N. N.“ geschrieben wird, Aussicht vorhanden, den Kurfonds bis Ende 1872 auf die Höhe von 1,400,000 fl. zu bringen.

— Wien, 5. Jan. Vor wenigen Tagen sind die Vergrößerung und der Umbau der Wiener Hofburg nach den Plänen des Professors Semper, der hier seinen dauernden Aufenthalt nimmt, und des hiesigen Architekten Hasenauer beschlossen worden. Graf Werba soll die oberste Leitung der Angelegenheit erhalten haben und ein fünfjähriger Zeitraum für die Anführung bestimmt sein. Im Zusammenhang damit soll nun auch die Erbauung des neuen kaiserl. Schauspielhauses zur Lösung gelangen.

Badische Chronik.

⊕ Karl Mathy. Geschichte seines Lebens, von Gustav Freitag. Leipzig bei S. Hirzel. 1870.

(Fortsetzung.)

Karl Mathy wurde am 17. März 1807 in Mannheim geboren, wo sein Vater als Professor am Lyceum Mathematik und Latein lehrte. Schon in früher Jugend zeigte er sich als

talentvollen, eigenartigen, schneidigen Jungen. Im Herbst 1824 bezog er die Universität Heidelberg, nicht um sich — wie sein Vater lieber gesehen hätte — zu einem gelehrten Schulmann auszubilden, sondern um „Cameralla“ zu studiren. Er hörte Kollegien bei Rau, Wittermaier, Morstadt (nicht Mohrstadt, wie S. 25 angegeben ist), Leonhard, Schweins, Roff u. A. Neben eifrigem Studiren war er genöthigt, sich durch Ertheilung von Privatunterricht die Mittel für seinen Unterhalt zu verdienen, da im Jahr 1825 sein Vater gestorben und dem jungen Studenten die Pflicht zugefallen war, seiner Familie Berather und Stütze zu sein.

Gleichwohl fand er noch Zeit, bei dem Becher und auf der Mensur die orts- und standesüblichen Pflichten zu erfüllen. Er trat in die Burschenschaft, schon damals ein stattlicher Verein, der oft mit den Korps der Landmannschaften starken Zusammenstoß hatte, seltener mit den „Westphalen“, aber häufig und gern mit den „Savo-Borussen“. In diese letzte Genossenschaft traten gern die Preußen, darunter viele vom Adel; ihr wurde ein abschließender und hochmüthiger Junkersinn vorgeworfen und nicht in Heidelberg allein; denn auf den meisten Universitäten standen Borussia und Burschenschaft in erbittertem Gegensatz. Und man thut dem politischen Urtheil vieler Vorkämpfer des Liberalismus kein Unrecht, wenn man ihre Abneigung gegen preussisches Wesen aus ihrem Studentenzorn gegen die Borussia ihrer Universität erklärt und achtungsvoll behauptet, daß sie noch in späten Mannesjahren den alten Burschenkampf für schwarz-roth-gold gegen schwarz-roth-weiß fortsetzten. Nicht nur in Frankfurt in der Paulskirche kämpften alte Studentenerinnerungen gegen einander, noch heute vermag manches treue Burschenschaftlerherz den Schmerz nicht zu überwinden, daß ein gewalthätiger Borussia sein schwarz-roth-weißes Korpsband zur Flagge des Norddeutschen Bundes gemacht hat.“ (S. 26.)

Nach fünf Semestern hatte Mathy seine Studien beendet, aber er sperrte sich gegen den Uebergang in die Arbeit des Geschäftslbens. „Die Beschränkung, welche jedem tüchtigen Studenten an diesem Wendepunkt nöthig ist, wurde einem Burschenschaftler des Jahres 1827, der in den Staatsdienst treten sollte, zu einem harten Kampf. Die Ideen von Freiheit und Manneswürde, von einem großen Deutschland und dem Stolz eines Bürgers, der mit sicherem Herrengefühl auf der Erde steht, waren damals nur Träume schwärmerischer Jugend. Was er als Beamter werden konnte, ein kleiner Tyrann eines kleinen Staates, der vom Aemtlisch die Unterthanen des Landes in Gehorsam hielt, das erschien seinem wahrhaften Sinn als ein Unrecht gegen sich selbst und gegen Andere, und er bäumte dagegen auf mit aller Energie eines feurigen und gestählten Willens.“ (S. 30.) Er ging nach Paris in der geheimen Absicht, sich der glorreichen Sache der Hellenen zu widmen. Das griechische Komitee verweigerte ihm jedoch Reisemittel und Empfehlungsbriefe, weil es sich fortan darauf beschränkt habe, dem Lande Hilfsmittel zu schaffen, aber keine Menschen hinzuleiten. Auf einen stehenden Brief seiner Mutter kehrte er im Späthjahr nach Mannheim zurück und unterzog sich sofort der Staatsprüfung, aus der er unter sechs Kandidaten als der erste mit der Note „sehr gut befähigt“ hervorging. (Reg.-Bl. 1829, S. 102.)

Nach dem Examen volontirte Mathy bei der Obereinnehmerlei Mannheim; am 1. Okt. 1829 wurde er bei dem Kontrolleur der direkten Steuern und vom Januar 1832 an bei dem Sekretariat der Steuerdirektion verwendet. „Die Bureautrategie, in welche Mathy jetzt aufgenommen wurde, war um das Jahr 1829 in den kleinen Staaten Deutschlands die regierende Korporation, deren Interessen und Herkommen kein Fürst und kein Minister ungekränkt verletzten. Sie bildete dort eine Genossenschaft von Familien, Schul- und Studiengefährten, die so vielfach mit einander verbunden war, daß sie jeden Angriff auf ihre Autorität und jede Zumuthung einer ungewohnten Thätigkeit abzuwehren verstand. Unter den Gliedern des Deutschen Bundes aber war Baden in besonders ausgezeichnete Weise ein Beamtenstaat. Dort hatten die Häupter des Standes nicht mit einem reichen, landfässigen Adel zu theilen, welcher die oberen Stellen im Hof, Heer und Staat zu behaupten eifrig war, sie allein, die Söhne der Gebildeten und der intelligenten Theil aufstrebender Volkskraft, hatten seit dem Anfange des Jahrhunderts die kleinen Territorien, aus denen das Großherzogthum Baden zusammengekehrt wurde, durch ihre Ordnungen und Gerichtshöfe, aus ihren Aktenbündeln und Amtsstuben geleitet und sie hatten in stolzer Abschließung vom Volke ihren Mitglieder Gefinnung und Verhalten beaufsichtigt, sogar die Ehe erlaubt oder verweigert. Nur eine große Genossenschaft, die in ihrem Staat mächtiger angefaßt war als sie selbst, betrachtete sie mit Scheu: die katholische Kirche. Aber vor dem Landesherren und dem Volk durften sie sich rühmen, daß sie nach mancher Richtung mehr gethan hatten, als die Beamten in anderen Staaten. Durch bedeutende Geschäftsmänner und Lehrer: Winter, Rebenius, Böckh, Rau war ihre Vorbildung für Finanzen und Landeskultur eine besonders gründliche geworden, und sie haben nach dieser Richtung bis in die Neuzeit ihrem alten Ruf Ehre gemacht.“ (S. 38.)

Indessen, wiewohl seit Jahrzehnten auf das eifrigste daran gearbeitet wurde, das aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzte Land zu einem organischen Ganzen zu gestalten, wäre doch der Erfolg wohl lange zweifelhaft geblieben, wenn dem Lande nicht in der Verfassung ein Bindemittel und in den Kämpfen um dieselbe ein Stück gemeinsamer Geschichte gegeben und damit eine dauerhafte Grundlage für den Bestand des kleinen Staats gewonnen worden wäre. „Man darf sagen, daß nur die Arbeit der Beamten und die Arbeit der Volksvertreter diesen Staat geformt und erhalten haben. Demnach war, selbstsam zu sagen, nirgend in Deutschland die Trennung zwischen Staatsdienern und Abgeordneten so schroff als dort; auf beiden Seiten Hochmuth und Mißtrauen, selbst dann, wenn das Ministerium liberale Neigungen hatte, so daß beide unverbunden wie Del und Wasser in dem Gefäß des Staates schwebten. Das ist für Baden mehr als einmal verhängnißvoll geworden.“ (S. 39.)

Der Regierungsantritt des Großherzogs Leopold und wo

nige Monate später die Julirevolution in Frankreich brachten neue und frischere politische Bewegung in das Land. Die Arbeiten und Anregungen des Landtags von 1831 sind bekannt. Gemeindeordnung, Ablösung der Zehnten und Frohnden, Zivilprozeßordnung, Schwurgerichte, Trennung der Justiz und Verwaltung, Pressefreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Finanzen, Volkswirtschaft, Bundesverhältnisse, — Alles kam auf die Tagesordnung und wurde mit Schärfe und Lebhaftigkeit erörtert, Vieles durch organische Gesetze geregelt. Es läßt sich denken, daß in solchen Zeiten ein so strebsamer und feurriger Geist wie Mathy sich nicht auf die Anfertigung und Prüfung von Steuerrollen oder auf den mechanischen Bureau-dienst beschränken ließ. Er ging unter die Schriftsteller. Er schrieb Artikel in das Karlsruher Unterhaltungsblatt (1830), er versuchte sich an einer Abhandlung: Vorschläge über die Einführung einer Vermögenssteuer in Baden (1831), (eine der Kammer eingereichte Arbeit, welche mit großer Anerkennung unter der damals neuen Bezeichnung „schätzbares Memorial“ der Kammerbibliothek einverleibt wurde), er übernahm die Kammerberichte für die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ und kam dadurch in persönlichen Verkehr mit den damaligen Führern der Volkspartei.

Zu dieser vielseitigen und aufreibenden Anstrengung fühlte sich übrigens Mathy noch durch einen besonderen Umstand angepernt: er hatte sich verlobt und mußte darauf denken, neben seinem mageren Gehalt von 400 fl. noch weitere Mittel zur Gründung eines Hausstandes zu gewinnen. Er hatte sich bei Oberrevisor Max Strohmeyer, dem Bruder eines lieben Jugendfreundes, in Wittagsstoft gegeben. Dort sah er Anfangs Januar 1830 zum ersten Male die Schwester seiner Freunde, Anna. Sofort stand der Entschluß bei ihm fest, daß diese seine Frau werden sollte und keine Andere. Er erbot sich, Frau Anna Stunde zu geben, und „unter der französischen Grammatik erblühte eine echt deutsche Liebe; sie wurde zur dauerhaften Flamme, welche seinem ganzen Leben Wärme und stille Weisheit gab.“ Am Abend vor seinem Geburtstage fand er in seinem Zimmer in einem zierlichen Päckchen ohne Brief ein Paar gestickte Hosenträger, zu jener Zeit häufig als bereites Zeichen einer stillen Werthschätzung ausgetoren. (In den 1840er Jahren mußten zu gleichem Zwecke die Hosenträger meist dem Turnergürtel Platz machen; die jungen Herren hatten damals noch nicht so viele gestickte Bedürfnisse wie heute.) Die Absenderin wurde natürlich bald erkannt, aber ihr Gefühl in zarter Weisheit gekehrt und geschont. Es verfloßen noch drei stürmische und wechselvolle Jahre, bevor das Band der Ehe die Liebenden vereinte. (Fortsetzung folgt.)

Die Arbeitseinstellung der Waldenburger Bergleute.

(Fortsetzung.)

Ohne Zweifel war es ein richtiger Gedanke, wenn man die Frage nach den Mitteln zur Verhütung von Mißständen, welche in erster Linie moralische sind, mit dem Hinneise auf wesentlich moralische Mittel beantwortete. War es auf der einen Seite richtig, daß die Behandlung der Arbeiter sich eben doch stark nach ihrer Qualität richtete, indem einmal tüchtigere und demnach leistungsfähigere Arbeiter auch einen höheren Lohn beanspruchen konnten, so daß auch die größere Tüchtigkeit sich in einem erhöhten Selbstgefühl auszuprägen pflegt und der Arbeitgeber solcher Leute ganz von selbst in anderer Weise gegenübertreten, namentlich sich eines lebhafteren Interesses derselben am Geschäft zu versichern suchte; so mußte es auf der andern Seite auch richtig sein, wenn man die bessere sittliche und intellektuelle, dann auch die bessere fachliche Ausbildung der Arbeiter in den Vordergrund stellte. Es entstanden außer den Gewerbe- und Fortbildungsschulen aller Art die Arbeiter-Bildungsvereine, deren Aufgabe es ist, Hand in Hand mit der Hebung des allgemeinen Schulunterrichts dahin zu wirken, daß der geistige und sittliche Standpunkt des Arbeiters ein höherer und seine Leistungsfähigkeit eine gesteigerte werde. Dies ist etwas so Nichtiges und Nothwendiges, daß jede materielle Besserung nur eine scheinbare, innerlich haltlose sein würde, welche nicht getragen wäre von einer entsprechenden sittlichen und geistigen Veredelung; denn nur sie kann davor schützen, daß die größere Menge der Genutzmittel zu weiter nichts dient, als zu desto wüthiger Lebensweise, wie es denn bekannt genug ist, daß mancher Orts gerade die am meisten verdienenden Arbeiter es sind, welche den unregelmäßigsten Lebenswandel führen und ihre persönlichen Verhältnisse am schlechtesten geordnet haben. Der schwerste gegen die Sozialdemokraten zu richtende Vorwurf, derjenige nämlich, welcher sie geradezu zu einer kulturfremden Partei stempelt, besteht eben darin, daß sie den Arbeitern systematisch die Meinung einflößen, die bloße Anfluehung gegen die bestehenden Verhältnisse sei im Stande, ihre Lage zu verbessern, und sie brauchen nichts als zusammenzuhalten, um sich damit ein Anrecht auf eine günstigere Lage zu erwerben. Auf solchem Wege würde man zu einer „Lohnbrotkruste“, nicht aber zu einem idealen Zukunftsstaate gelangen. — Nicht minder richtig ist es, wenn man die Besserung der Einzelverhältnisse für untrennbar verflochten erklärt mit dem Fortschritte der gesammten öffentlichen Zustände. Ein blühendes, geordnetes, auf Grundgesetzen des Rechts und der Sittlichkeit beruhendes, Wissen und produktive Thätigkeit förderndes Staatswesen wird sicherlich auch eine bedeutsame Hebung der unteren Volksklassen zur Folge haben.

Aber mit Alledem ist über eine leidige Thatsache nicht hinauszukommen. Nicht nur hat die Erfahrung dargethan, daß wohlmeinende Arbeitgeber Außerordentliches für eine Besserung der Verhältnisse zu leisten vermögen und daß hierdurch die Gefahr destruktiver Wählerereien außerordentlich verringert wird (wir erinnern nur an die Wäpshausen Arbeiterstadt, der wir auch in unserem Baden manches Aehnliche an die Seite zu stellen haben), sondern wir sind auch der Ueberzeugung, daß dieser Weg der empfehlenswerthe sein würde — wenn die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit oder doch in ihrer Mehrzahl ihn nämlich beträten. Dies ist nun aber leider nicht der Fall. Es ist gar kein Mangel an Arbeit-

gehern, welche schon die Zusammenschließung der Arbeiter in dem zehnten Arbeiter-Bildungsverein als eine Art verbrecherischer Auflehnung ansehen; welche alle Bestrebungen für Hebung des Arbeiterstandes als thörichte und verwerfliche betrachten, und offenbar Denjenigen für einen Musterarbeiter halten, welcher sich um gar nichts bekümmert, sich nur Sonntags betrinkt und nur ausnahmsweise einmal einen Standal verursacht; welche demgemäß auch den Gedanken gar nicht zu fassen vermögen, die Arbeiter seien gleichberechtigte Bürger und hätten das Recht, von ihrem Standpunkte aus ihr wirkliches oder vermeintliches Interesse wahrzunehmen. Schreiber dieses hatte kürzlich Gelegenheit, eine große Menge zur Zeit bestehender Fabrikordnungen durchzugehen, und es muß gesagt werden, daß manche derselben an Inhumanität leiden, und zwar — wenn das Wort erlaubt ist — an dummer Inhumanität; dieselbe Sache, welche durch rohe, rücksichtslose Bestimmungen zu einer empörenden Härte wurde, hätte sich nicht selten sogar in das Gewand wohlthätiger Färberge hüllen lassen. Wir wollen uns auf diesen Gegenstand hier nicht weiter einlassen und nur konstatieren, daß nicht einmal an ein eifriges Eintreten der Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit für die allmähliche, schrittweise Hebung des Arbeiterstandes, geschweige denn an eine durchgreifende Inhabnahme solcher Schöpfungen zu denken ist, mittelst deren den sozialen Uebeln zu begegnen wäre, und unter denen allerdings die Erziehung geeigneter, durch Anmütigkeiten fähig zu erwerbender Arbeiterwohnungen stets die erste Stelle einnehmen würde. Wo man erst einmal so weit gekommen sein und sich von der Kraft der moralischen Antriebe in den Arbeitern überzeugt, auch je nach den Umständen einen tüchtigen Grundstock geschaffen habe würde, da würden auch die weiteren Formen des neuen Zustandes, die Theilhabererschaft der Arbeiter u. dgl., nicht mehr lange auf sich warten lassen. Aber das sind, wie gesagt, vorerst fromme Wünsche.

Dazu kommt ein weiterer Punkt. Wir leben in der Zeit des Dampfes und der Telegraphen; die Entwicklung geht nicht mehr den langsamer, bedächtigen Weg früherer Zeiten, sondern die Gedanken verallgemeinern sich mit Blitzesschnelle, und wo sie kein geordnetes Feld zu gedeihlicher Wirksamkeit finden, da schaffen sie sich einen Ausweg von milderer Wünschbarkeit. Während auf der einen Seite noch die ganz konervative Anschauung ihre Vertreter hat, wohnen an einem patriarchalischen Unterwürfigkeitsverhältnis nicht gerüttelt werden darf, haben wir auf der andern Seite auch in Deutschland schon Produktivgenossenschaften der Arbeiter, haben wir Arbeiterkreise von sehr fortgeschrittener Selbständigkeit und dem entsprechend Selbstbewußtsein, haben wir alle die gäbrenden Elemente, welche aus der allmählichen Auflösung des Kleinengewerbes, aus der Hineinziehung des Landvolkes in die Industrie u. dgl. sich ergeben. Und dazwischen hinein wühlt und schafft unermüdet die Sozialdemokratie. Was war unter solchen Umständen zu thun, um die unausweichlich gewordene Bewegung mit zeitgemäßen Mitteln in das richtige Bett zu lenken? Verbindungen der Arbeitgeber zu dem oben angedeuteten Zweck in's Leben rufen? Erst neuerlich ist zu Mainz eine Verbindung dieser Art entstanden, von welcher man die schönsten Hoffnungen hegen darf; aber so lange nicht ganz Deutschland von einem Netze solcher Vereinigungen übersponnen ist, kann die vereinzelte Thätigkeit auch nur vereinzelte Erfolge haben.

Ob nun der Weg, welcher inzwischen von anderer Seite betreten worden ist, als der richtige und zumal als der allein richtige bezeichnet werden darf, des wollen wir hier nicht näher untersuchen, sondern uns auf Mitteilung der Thatfachen beschränken. Seit vorigem Frühjahr ist die Bewegung zur Gründung von Gewerksvereinen aus England nach Deutschland verpflanzt worden. Das Hauptverdienst hieran hat Dr. Max Hirsch zu Berlin, ehemals Kaufmann zu Magdeburg, dann als treuer Gehilfe Schulze-Delitzsch's bekannt geworden, seit vorigem Jahre Reichstags-Abgeordneter für einen sächsischen Wahlbezirk. Derselbe hatte sich bei seinem Aufenthalt in England im Herbst 1868 überzeugt, daß die Gewerksvereine ein vorzügliches Mittel zur Stärkung des moralischen Bewußtseins sind, und daß sie bei fortgeschrittenen Verhältnissen den Arbeitgebern keineswegs feindsüchtig gegenüberstehen, sondern denselben im Gegentheil erwünscht sein müssen. Denn nicht nur muß es im höchsten Interesse der Arbeitgeber liegen, tüchtige, im guten Sinne des Wortes selbstbewußte, an die Verwaltung eigener Angelegenheiten gewohnte Leute zu haben, Leute, welche zugleich durch ihre Anstalten das Anwachsen der Armut verhindern und sich aus eigener Kraft gegen unverschuldete Noth schützen; sondern es muß ihnen auch unendlich lieber sein mit dem geordneten Organ einer Vereinigung zu verkehren, welche eben in Folge ihrer festen Geschlossenheit auch vernünftigen Darlegungen stets zugänglich ist, als eine turbulente Masse sich gegenüber zu sehen, welche ihren (vielleicht doch berechtigten) Forderungen nur durch die rohe Gewalt Nachdruck zu geben versucht. Die Verwandlung des sozialen Krieges, wo stets eine Krise erforderlich ist, um einmal eine Besserung herbeizuführen, in ein Verhältnis, wo fortwährende friedliche Verständigung stattfindet — das ist also mit einem Worte die Idee, welche Dr. Hirsch den englischen Gewerksvereinen entnahm und nach Deutschland übertrug. Es ist nun eine merkwürdige und sehr beachtenswerte Erscheinung, daß diese Idee sich mit einer Schnelligkeit verbreitete, welche man kaum für möglich gehalten hätte. Heute gehören den Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereinen (so genannt von den Musterstatuten, welche Hirsch und Duncker in Gemeinschaft mit vielen Arbeitern entwarfen, und zum Unterschiede von den sozialdemokratischen Gewerkschaften beider Richtungen) an 50,000 Mitglieder aus 14 oder 15 verschiedenen Gewerben an; jedes dieser Gewerbe hat seinen „Generalrat“, und sie alle sind zusammengefaßt unter den gemeinsamen „Centralrat“, dessen Sitz in Berlin und dessen Anwalt Dr. Max Hirsch ist. Der Gewerksverein der Maschinenarbeiter z. B. hat an 20,000, derjenige der Goldarbeiter, mit dem Vorort Pforzheim, an 4000 Mitglieder. Die Ortsvereine haben zwar selbständige Verwaltung, unterstehen aber den Generalräthen und müssen ihre Kassensbestände stets für Gesamt-

zwecke der Gewerkschaft verfügbar halten; ebenso die einzelnen Gewerkschaften gegenüber dem Centralrat. Welche Bedeutung die Sache schon gewonnen hat, möge man auch daraus entnehmen, daß ihr Organ „Der Gewerksverein“, seit noch nicht einem Jahr bestehend, jetzt schon 3500 Abonnenten zählt. Das Blatt der Goldarbeiter „Der Genossenschaftler“ ist für alle Mitglieder der Goldarbeiter-Gewerkschaft obligatorisch. Auch andere Gewerkschaften haben ihre besonderen Blätter.

Wer sich nun unterrichten will, welche Wirkung die Gewerksvereine unter sonst guten Verhältnissen üben, der hat in Pforzheim ein treffliches Beispiel. Der dortige Gewerksverein hat in jeder Hinsicht günstig gewirkt, und hat dabei andere dort bestehende gemeinnützige Anstalten, wie den anerkanntermaßen vorzüglichen Arbeiter-Bildungsverein und die Krankenkasse nicht geschädigt, sondern wesentlich gefördert. Dagegen ist es richtig, daß auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon mehrere kleine Arbeitseinstellungen durchgefochten haben; der Ausgang war durchweg ein befriedigendes Kompromiß. Wir haben kein Urtheil darüber, inwieweit diese Vorkommnisse unausweichlich waren, und halten unsere Ueberzeugung von der grundsätzlichen Verwerflichkeit aller Arbeitseinstellungen aufrecht, während wir andererseits anerkennen, daß es Fälle geben kann, wo sie die berechnete äußerste Nothwehr darstellen. Dr. Hirsch selbst weicht sicherlich von dieser unserer Ansicht nicht erheblich ab, glaubt jedoch (ob mit Recht oder mit Unrecht bleibe dahingestellt) für den Beginn der Bewegung und um den Arbeitern zu zeigen, daß man Ernst machen und nicht nach der Behauptung der Sozialdemokraten bloße „Vereinspielerei“ treiben wolle, es nicht so genau nehmen zu müssen. Es sei, meint er, nicht darüber hinauszukommen, daß man den Leuten zeige, man sei nöthigenfalls auch zum Aeußersten entschlossen; um so leichter werde es dann sein, überall auf billige Gegenseitigkeit hin ein friedliches und freundschaftliches, die beiderseitigen Interessen förderndes Verhältnis herzustellen.

Wäge man hierüber urtheilen, wie man wolle. Ganz anderer Art aber ist die Arbeitseinstellung der 7000 Waldenburger Bergleute, die außer allem Verhältnis großartigste, welche Deutschland bis jetzt erlebt hat, nun schon seit sechs Wochen andauernd und immer noch wenig Hoffnung auf endliche Verständigung gebend. Denn hier ist ein Prinzipienkampf der bedauerlichsten Art entbrannt, dessen durchaus objektive Darlegung wir uns für einen letzten Artikel vorbehalten. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 8. Jan. Es ist bekannt, daß das Gesetz vom 21. Dezember 1869 über die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und über die Formlichkeiten bei Schließung der Ehen am 1. t. M. in Wirksamkeit treten wird. Wir glauben, Vielen einen Dienst zu erweisen, wenn wir an diesem Orte auf einige Bestimmungen des neuen Gesetzes aufmerksam machen, deren Nichtbeachtung nachtheilige Folgen für die Einzelnen haben würde. Das Gesetz schreibt im Interesse der Sicherheit der Beurkundungen vor, daß Geburten binnen drei Tagen nach der Niederkunft und Todesfälle binnen vierundzwanzig Stunden nach dem Eintritte des Todes dem bürgerlichen Standesbeamten (d. h. dem Bürgermeister, in Städten von mehr als 10,000 Einwohner dem dort hiesig bestellten beider Beamten) angezeigt werden sollen. Die Unterlassung der Anzeige ist durch § 44 des Polizeistrafgesetzes mit Geldstrafe bis zu 50 fl. bedroht, und die verspätet angezeigten Fälle dürfen außerdem nur auf Grund eines besonderen amtsgerichtlichen Verfahrens in die Standesbücher eingetragen werden. Es ist darnach von wesentlichem Interesse für die Beteiligten, daß sie die vorgeschriebenen Fristen genau einhalten und daß sie insbesondere in Ansehung der Anzeige der Geburten nicht etwa den Zeitpunkt der Laufe, die in einigen Landestheilen der Geburt oft in Wochen erst nachfolgt, abwarten. — Jene Angelegenheit erstreckt sich auf alle am 1. Februar 1870 noch nicht in die Standesbücher eingetragenen Geburten und Todesfälle. Die Beteiligten werden hieraus entnehmen, daß sie den Gang zu dem neuen Standesbeamten sich ersparen, wenn sie die vor dem 1. Febr. 1870 zur Welt Kommenden noch vor dem Eintritte der Wirksamkeit des neuen Gesetzes taufen und in Folge davon — durch den seitherigen Standesbeamten, den Ortsgeistlichen, in das Geburtsbuch eintragen lassen.

Karlsruhe, 8. Jan. Heute Vormittag hat das bereits erwähnte feierliche Seelenamt für den verewigten Kammerjäger A. Hatzinger in der kathol. Stadtkirche stattgefunden. Die Aufführung des Gedenkmusik-Quintetts unter Kalliwoda's Leitung war vorzüglich, die Kirche überfüllt.

Königsfeld, 3. Jan. (Laub.) Gestern Abend 7 Uhr fiel der 61 Jahre alte hiesige Bürger und Landwirth Matthäus Trost in der Dunkelheit die Treppe vom zweiten Stockwerke seines Hauses herab und war, in Folge einer sehr starken Verletzung am rechten Hinterhaupte, nach 3 Stunden eine Leiche.

Von der Brigach, 7. Jan. Die Brüdergemeinde Königsfeld hat gegen die Anordnung der Regierung, daß ein betrachtigter Bürgermeister die in Königsfeld vorkommenden Geburten, Trauungen und Todesfälle zu beurkunden habe, Verwahrung eingelegt und sich auf ihre verbrieften Rechte berufen. Wir glauben nicht, daß der Bitte um Befassung des seitherigen Zustandes entsprochen werden kann; die Gründe haben wir bereits angeführt. Was die angeblich schädlichen Privilegien betrifft, so dürfte wohl klar sein, daß ein allgemeines Gesetz vor solchen Vorrechten, wenn sie auch seither rechtmäßig bestanden haben, nicht Halt machen kann. Ähnliche Gemeinrenten im Ausland haben gegenüber den Staatsgesetzen keine Ausnahmestellung; so wird es auch bei uns gehalten werden müssen. Eine andere Sonderbarkeit betrifft die Thätigkeit des Vorsehers als Theilungskommissär, denn er allein nimmt die Theilungsverhandlungen vor, welche auf Ableben eines Bewohners von Königsfeld notwendig werden. Der Groß-Notar als solcher betritt niemals den Boden der Königsfelder Gemarlung. Bis jetzt trat noch keine genügende Betanlassung heran, der Sache näher auf den Grund zu gehen, namentlich sind aus diesen Zuständen unseres Wissens noch keine Rechtsstreite ent-

standen; allein wir sind überzeugt, daß die Staatsgewalt, je mehr die Kolonie aufblüht, auch diese Angelegenheit im Sinne der Herrschaft des Gesetzes wird ordnen müssen.

Am 1. Jan., Nachts 11 Uhr, wurde in einem Theil des Amtsbezirks Meßkirch ein brillantes Nordlicht gesehen.

Buchheim (N. Meßkirch), 3. Jan. (Konst. Zig.) Am Sonntag den 2. tagte hier eine zahlreiche Versammlung von über 300 Personen aus den umliegenden badischen und württembergischen Ortschaften. Auf der Tagesordnung stand der Bau einer Eisenbahn von Meßkirch nach Tuttlingen. Beschluß: von sämtlichen Bewohnern des Bezirks Meßkirch eine Petition an hohe Zweite Kammer in diesem Betreff ergehen zu lassen. Bei diesem Anlaß war auch unser Landtags-Abgeordneter, Hr. Roder von Meßkirch, zugegen; derselbe wurde von mehreren Seiten aufgefordert, einige Erklärungen über die neuen Gesetze, welche auf dem gegenwärtigen Landtag vollendet und vollzogen worden, mitzutheilen, welcher Aufforderung bereitwillig Folge geleistet wurde. Hierauf verlas Kaufmann Mohr von Meßkirch das Programm der national-liberalen Partei Badens, worauf etwa 100 Beitrittserklärungen erfolgten.

Karlsruhe, 7. Jan. (Strafkammer.) In der heutigen Sitzung kamen drei Anklagen gegen August Berberich als Redakteur und Johann Gropmann als Drucker des „Badischen Beobachters“ zur Verhandlung. Die Anklage behauptet, daß die Angeklagten theils durch Erdrühtungen und Entstellungen der Wahrheit, theils durch grobe Schmähungen zum Haß und zur Verachtung gegen die Groß- Staatsregierung und Staatsbehörden aufgereizt und sich dadurch der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung schuldig gemacht haben. Außerdem ist in einem Falle, den Artikel in Nr. 138 vom 17. Juni v. J., überschrieben: „Jolly's Tischrede“, betreffend die Anklage auf Ehrenkränkung des Hrn. Präsidenten des Groß- Staatsministeriums und Staatsministers Dr. Julius Jolly in Bezug auf dessen Dienst gerichtet. Die weiter intrinmirten Artikel sind in Nr. 126, 127 und 128 des „Beobachters“, betitelt: „das Flugblatt“, „das allerhöchste Hand schreiben“, „die allerneueste Aera“, welche den ersten Fall bilden; ferner in Nr. 149 der Artikel: „der Heidelberger Skandal“ als dritter und endlich der oben erwähnte Artikel in Nr. 138 als zweiter Fall.

August Berberich, welcher demalsten auf der Festung Rastatt eine Strafe wegen Preßvergehens absitzt und zur heutigen Verhandlung urlaubswise entlassen wurde, hat, ohne die Verfasser zu benennen, die formelle Verantwortlichkeit für sämtliche Artikel übernommen, während Johann Gropmann die Behauptung der Anklage, daß er vorzüglich zur Verübung der Vergehen mitgewirkt habe, in Abrede zieht. Die Angeklagten wurden in sämtlichen drei Fällen durch den Anwalt Hrn. Dr. v. Wänker von Freiburg verteidigt, während die Anklage durch die Gr. Staatsanwälte Schloß und Hoff vertreten war. Die Verhandlungen dauerten mit nur kurzer Unterbrechung von Morgens 9 Uhr bis Abends um dieselbe Stunde; die Urtheilsverkündung wird Montag den 10. dieses Monats stattfinden. Schließlich ist zu bemerken, daß die Verweigerungsentnisse in diesen Sachen schon im vorigen Jahre, längst vor Verkündung des Gesetzes vom 11. Dez. v. J., die Erweiterung der Gerichtsbarkeit der Schwurgerichte betreffend, ergingen, jedoch in Folge von Nichtigkeitsbeschwerden der Angeklagten an Groß- Oberhofgericht und Vertagungsbesuchen die Tagfahrt erst heute stattfinden konnte.

Karlsruhe, 8. Jan. 40. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 11. Jan. Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Käf über den Gesetzentwurf, einige Abänderungen der Wahlordnung betr.

Hamburg, 6. Jan. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Elexia“, Kapitän Frautmann, welches am 22. Dez. von hier und am 25. Dez. von Havre abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen 14 Stunden gestern Morgen 7 Uhr wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Frankfurt, 8. Jan. Nachm. Defferr. Kreditaktien 254 1/2, Staatsbahn-Aktien 397 1/2, Silberrente 58 1/2, 1860er Loose 81 1/2, Amerik. Anleihe 91 1/2.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

7. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 6,6"	+ 5,2	0,77	S.W.	st. bew.	trüb, warm
Morg. 2 "	27° 6,4"	+ 7,6	0,73	"	33. bed.	windig, warm, trüb
Nachts 9 "	27° 7,8"	+ 6,4	0,86	"	33. bed.	windig, warm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 9. Jan. 1. Quartal. 6. Abonnementsvorstellung. Gnomon, Trauerspiel in 5 Akten, von Göthe; mit Musik von Beethoven.

Dienstag 11. Jan. 1. Quartal. 7. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Marie, die Tochter des Regiments, komische Oper in 2 Akten, von Donizetti.

Cherliche und ehrenhafte Erklärung.

Die echten Malzfabrikate von Johann Hoff zu Berlin, schreibt die Allgem. Wiener Mediz. Zig. vom August v. J. — nämlich Malzextrakt-Geinundbeibier, Malz-Geinundbeibier-Chocolade, Brust-Malzbombon — führen eine organische Substanz in den Körper, welche die Verdauungsorgane leicht und mild anregt, in den Blutstrom eintritt und die Ernährung regulirt. Das Malzextrakt ist ein ausgezeichnetes Getränk in Gallenleiden, Gelbucht, Hysterie, Nervenleiden, Chlorose, Hydrämie, Tuberkulose u. als Erfrischungsmittel für organische Verleure, durch Diarrhoe, Ruhr, Blutverlust u. s. w. wenden die Aerzte es längst erforderlich an. — Die Malz-Chocolade, vorzügliches Kaffee-Surrogat, die Brust-Malzbombon, welche selbst den veralteten Husten beitzigen, sind den Heilanstalten unentbehrlich geworden. — Sie haben sich einen bleibenden Ruf erworben. — Man vergleiche auch die Pariser Medizinalzeitungen des vorigen Monats.

Des Hoflieferanten Johann Hoff's Filiale in Köln. Verkaufsstelle bei Herrn M. Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3 in Karlsruhe.

